

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliche Redaktion: **Ed. Reibol.**
 Druck u. Verlag: **Auer Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H.**
 Auer, Erzgebirge, Aue 11
 Eingekauft: Auergebirge
 Verkaufspreis: Anschlag Nr. 22

Abonnement: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.50 Mk. Bei der Post bezahlt und frei abgeholt vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.30 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsbelegblätter und Ausgabebestellen, sowie alle Postanfragen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebengebühren Postgebühren oder deren Raum für Anzeigen und Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 200 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Anzeigen entsprechend. Anzeigenpreise für die Zeitungsbelegblätter bis 10 Pfg. pro Zeile im 6ten Jahr. Anzeigenpreise nicht geteilt werden, wenn die Aufnahme der Anzeigen durch Fernschreiber erfolgt oder durch den Briefträger nicht zustellbar ist.

Nr. 134

Montag, den 14. Juni 1920.

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Abg. Heinze war vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragt; da daraufhin die Mehrheitssozialdemokratie offiziell die Beteiligung an einer durch die Deutsche Volkspartei erweiterten Koalition ablehnte, gab Heinze den Auftrag zurück.

Der Reichspräsident hat die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrgebiet verfügt und die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Schlesien angeordnet.

Der Verein der wirtschaftlichen Arbeitgeberverbände nahm gestern und vorgestern in Leipzig Stellung in Sachen des Konfliktes mit den Krankenkassen. Der Schiedsbruch über das Honorar wurde angenommen.

In Bladnowostok wurde ein Moskauer Junkspruch aufgefunden, wonach in Rußland die Gegenrevolution ausgebrochen sei. Trotzki soll ermordet worden sein, und Lenin befindet sich auf der Flucht. Eine neue Regierung soll sich unter Bruchilow gebildet haben.

Neue Schwierigkeiten in der Regierungsbildung.

Dr. Heinze mit der Kabinettsbildung beauftragt. Ablehnung durch die Sozialdemokratie. Wie vorausgesehen war, ist es gekommen: Nachdem Reichszugler Hermann Müller mit dem Verjuche, die Unabhängigen zur Regierungsbildung heranzuziehen, keinen Erfolg gehabt hatte, gab er am Sonntag den Auftrag zur Kabinettsbildung dem Reichspräsidenten zurück. Darauf hat nun der Reichspräsident den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, den Abgeordneten Dr. Heinze, der gerade in Dresden weilte, zu sich, und alsbald begab sich Dr. Heinze auch nach Berlin und zum Reichszugler, allerdings ohne daß die Regierungsbildung damit auch nur um einen Schritt vorwärts gekommen wäre. Der Reichszugler empfing Dr. Heinze Sonntag vormittag 11 Uhr und übertrug ihm im Laufe der Unterredung die Bildung des neuen Kabinetts. Dr. Heinze nahm diesen Auftrag auch an, am Sonntagabend aber teilten der Reichszugler und der Abgeordnete Böbe dem Abgeordneten Heinze offiziell mit, daß die Mehrheitssozialdemokratie nicht in der Lage sei, sich an einer durch den Zutritt der Deutschen Volkspartei erweiterten Koalition zu beteiligen. Der Abgeordnete Heinze hat daraufhin den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt. Damit ist die ganze Frage der Kandidatur Heinze im Laufe eines Tages auf, und abgerollt, das heißt, begonnen und erledigt worden und von neuem setzen wir uns nun vor die Frage gestellt: Was nun? Und die zweite Frage schließt sich an: Sind mit diesem neuesten Beschluß auch die Möglichkeiten erschöpft, die sich an den Namen Trimborn knüpfen? Da auch für sie sich bisher alle Hoffnungen auf den Eintritt der Sozialdemokratie in die Koalition geklärt haben, sind die Aussichten gering. Wenn nicht — und da steigt denn wohl die letzte Möglichkeit auf — die bairischen Katholiken ihre Abneigung gegen die Politik der Mutterpartei zurückstellen und die wiederhergestellte alte Koalition sich dann mit ihrer nur geringen Mehrheit begnügen. Der Augenblick ist geladen mit Spannung. Es wird des höchsten Verantwortungsbewußtseins bei allen Beteiligten und überall der größten Befonnenheit bedürfen, wenn Reich und Volk ohne Schaden durch diese kritische Zeit hindurchgeführt werden sollen.

Wie die Frauen wählten.

In Spandau haben, wie schon bei den Wahlen im Jahre 1919, in 31 Wahlbezirken (von insgesamt 35) Männer und Frauen getrennt abgestimmt. In diesen 31 Wahlbezirken sind insgesamt 23 294 Männer und 23 359 Frauenstimmen gültig abgegeben worden. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Spandau entfallen von je 100 gültigen Stimmen auf die

	Männer	Frauen
U. S. P. D.	35,4	32,6
S. P. D.	21,3	19,3
Deutschnationale Volkspartei	12,8	16,7
Deutsche Volkspartei	12,5	14,5
Deutsche Demokratische Partei	8,3	7,5
Kommunisten	5,3	4,2
Zentrumspartei	3,2	5,0
Sonstige	0,26	0,24

Es entfallen sonach von je 100 gültigen Stimmen bei den Männern 63,0, bei den Frauen 61,1 auf die sozialistischen Parteien (einschl. der Kommunisten). Es hat sich also herausgestellt, daß die Frauen im allgemeinen mehr den bürgerlichen Parteien zuwenden. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen haben jedenfalls durch die Frauenwahl nichts gewonnen. Dasselbe Ergebnis wird bestätigt durch die Wahlergebnisse in A. D. N. Auch hier haben diesmal die Frauen getrennt von den Männern abgestimmt. Der Erfolg ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

	Männerstimmen	Frauenstimmen
Zentrum	32 964	49 154
Mehrheitssozialisten	36 295	24 134
Deutsche Volkspartei	17 768	15 914
Unabhängige	18 245	8 973
Demokraten	6 554	4 677
Christliche Volkspartei	4 247	4 060
Deutschnationale	3 190	3 422
	119 263	110 364

Wie man sieht, sind in A. D. N. die Frauenstimmen hauptsächlich dem Zentrum zugute gekommen, was sich aus der sozialistischen Kirchen- und Schulpolitik unschwer erklären dürfte.

In Hannover sind in zehn Wahlbezirken für Männer und Frauen getrennte Listen geäußert worden. Dabei wurde folgendes Ergebnis festgestellt:

	Männer	Frauen
Sozialdemokraten	8465	9001
Reifen	2005	2464
Zentrum	780	1224
Demokraten	636	684
Deutsche Volkspartei	2103	2697
Deutschnationale Partei	782	2697
Kommunisten	178	99
Unabhängige	3137	2683
	18241	19876

Sowohl in A. D. N. als in Hannover sind also die Frauen von den sozialistischen Parteien abgewandt. In Hannover ist besonders bemerkenswert das starke Überwiegen der Frauenstimmen bei den bürgerlichen Parteien.

Die Forderungen der deutschen Industrie.

Das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie Herrl. Geh. Legationsrat Dr. Simons kommt im Vortrags des heute erschienenen Heftes der Deutschen Industrie zur Aufstellung folgender Forderungen an die neue Regierung: Im Innern hat sie vor allem das Chaos der deutschen Finanzen zu ordnen, nach außen die wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit der Entente und besonders mit Frankreich zu einem für das Wirtschaftsleben Deutschlands erträglichen Ende zu führen. Diese Aufgaben erwachsen ihr in der Zeit einer wirtschaftlichen Weltkrise deren Umfang sich noch nicht absehen läßt. Es bedarf ganzer Männer, um diese Lasten zu tragen. Wie auch immer das äußerlich schwierigste Problem der Regierungsbildung von dem Reichspräsidenten gelöst werden wird, der heute zum ersten Male als solcher in die Weltgeschichte eingetreten hat, Voraussetzung für jeden Erfolg nach außen und innen ist und bleibt, daß man in Deutschland allerorts die Bedingungen unseres wirtschaftlichen Tafels klar erkennt, mit Entschlossenheit die Forderungen daraus zieht und die durch den Wahlkampf geführten gegenseitigen Hinder der gemeinsamen Pflicht unermüdlicher Zusammenarbeit zurückstellt. Dann ist zu hoffen, daß nicht nur der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft zwischen den einzelnen Faktoren des deutschen Produktionsprozesses, sondern auch der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft zwischen den von der Weltkrise gleichwertig bedrohten Völkern den Weg der vergangenen Kämpfe um die Gefahren der gegenwärtigen Stunde überwindet.

Das Institut für Textilforschung.

Am Sonntagabend fand im sächsischen Ministerium des Innern die Gründungssitzung des Kuratoriums zur wirtschaftlichen Förderung der Textilindustrie statt. Das Institut bezweckt, wie wir bereits meldeten, die Zusammenfassung aller Institute, um dadurch die Forschung zu vereinfachen und rationeller zu gestalten. Sitz des Instituts ist bekanntlich Dresden, und die Zahl der Mitglieder des Kuratoriums beträgt 44. Zum ersten Vorsitzenden wurde Wirklicher Geheimrat Rat Just gewählt, als stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratische Abgeordnete der Volkstammer Winkler. Schatzmeister ist Generaldirektor Okerfeger, Grünberg in Schlesien. Es wurde dann eine Entschlüsselung angenommen, die der Reichsregierung überreicht werden soll, worin auch die Frage der Kolonisierung von Hanf und Flachs behandelt wird.

Verelendung und Hungerstreik.

Eine Kundgebung der Betriebsräte des Einzelhandels Groß-Dressdens nimmt zur Frage des Preissturzes und der Kaufkraft Stellung und meint, daß ein weiteres Nachlassen der Preise gar nicht möglich sei. Diese Ansicht wird damit begründet, daß die Kohlen- und Eisenpreise, die Lebensmittelpreise sowie die Transportpreise und alle sonstigen Unkosten nicht

wesentlich niedriger werden. Außerdem leiden wir noch immer an einem Warenmangel. Der Bedarf, besonders in Textilwaren, ist noch lange nicht gedeckt. Man hält nur einen allmählichen Abbau der Preise für gesund und erstrebenswert, denn ein plötzlicher Preissturz würde uns schwere wirtschaftliche Schädigungen bringen, namentlich Produktionsstörungen, Einschränkungen und Stilllegungen von Betrieben und umfangreiche Arbeiter- und Angestelltenentlassungen. Dadurch würde natürlich ein erneutes Anziehen der Preise bewirkt und ein dauernder Abbau der Preise verhindert werden. Eine Verkürzung der Gehälter und Löhne, die von einzelnen Arbeitgebergruppen versucht wird, würde nach Meinung der Betriebsräte des Einzelhandels die Kaufkraft der Mehrheit des Publikums nur noch weiter schwächen. Nur ein Sinken der Lebensmittelpreise würde einen Abbau der Löhne und Gehälter rechtfertigen. Die Betriebsräte des Einzelhandels wenden sich an das kaufende Publikum mit der Bitte, nicht länger mit Deckung des vorhandenen Bedarfs zu warten, weil der erwartete Preissturz auf keinen Fall eintreten kann.

Ein Burgfriedenskabinet in Oesterreich?

In politischen Kreisen Wiens wird angenommen, daß an Stelle des zurückgetretenen Kabinetts Renner ein Burgfriedenskabinet, bestehend im wesentlichen aus Vertretern der bisherigen Koalition, eingesetzt wird, das unter Ausschaltung aller Streitfragen, wie Verfassung und Vermögensabgabe, das Budgetprogramm und den legislativen Rest zu erledigen haben würde, worauf die Nationalversammlung aufgelöst und für den Herbst Neuwahlen angeordnet werden sollen. Ueber die Ursachen der Kabinettskrise ist weiter zu sagen, daß die Stellung Renners in der eigenen Partei bereits sehr unsicher geworden war. Man warf ihm zuviel Entgegenkommen den bürgerlichen Parteien gegenüber vor, und es bestand in der Sozialdemokratischen Partei eine starke Strömung, an Stelle Renners Dr. Bauer die Kanzlerschaft zu übertragen. Die Christlichsozialen erboten gegen Bauer keine Einwände, falls gewisse Sicherungen bezüglich der Verfassung, der Wehrmacht und der Vermögensabgabe gegeben würden. Dagegen ergaben Sondierungen, daß die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonntagabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Entente vorgetragen stattgefunden. Ein Vorschlag auf Intervention wurde abgelehnt, da es Grundgesetz sei, sich nicht in die innerpolitischen Angelegenheiten Oesterreichs einzumischen. Die Entente führt jedoch die baldige Beilegung der Krise für wünschenswert, zumal in allerhöchster Zeit die österreichische Sektion der Reparationskommission ihre Tätigkeit aufnehmen soll. Wegen des parlamentarischen Vorstoßes der Christlichsozialen und der Großdeutschen gegen die Soldatenräte hatte der Militärverband der Republik Oesterreich für Sonntag vormittag eine Massenversammlung der Soldaten in der Volkshalle des Rathauses einberufen. Sprossen sollten Staatssekretär Deutsch, die Führer der radikalen sozialistischen Gruppe Hauptmann, Frey und der Abgeordnete Leutner, der durch seine Herausforderung der Christlichsozialen die Koalitionserkennung heraufbeschworen.

Die Nachrichten aus Wien ließen ein wenig widerspruchsvoll überlassen die Lage der Dinge noch nicht ganz klar übersehen. Die Krise ist akut geworden bei der Frage der Volksgesetzgebung über die Wehrverfassung. Nun vertiefen sich die Christlichsozialen darauf, daß die Verordnung rückgängig gemacht wird, während die Sozialdemokraten ebenso scharf am Gegenteil festhalten. Patent war die Krise schon seit nahezu vierzehn Tagen. Die Vermögensabgabe hatte sich als eine schwere Belastung der Koalition erwiesen, als eine noch fast schwerere die Frage der neuen Verfassung. Trotzdem scheint es, als ob, wenn auch mit sich und über, die Krise noch einmal überkiffert werden wird. Vermutlich werden die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten sich über ein Minimalprogramm einigen und die oft gestellte Ehe so bis zu den Neuwahlen weiterzuführen suchen.

Aegypten und England.

Nach einer Londoner Meldung des Echo de Paris machen die Unterhandlungen des Führers der ägyptischen Nationalisten, Zaglul Pascha, mit Lord Milner Fortschritte. Die englische Regierung sei bereit, Aegypten weitgehende Autonomie zuzugestehen. England wolle sich mit den Rechten begnügen, welche die Türkei bis 1914 in Aegypten gehabt habe, verlange jedoch die Oberhoheit an Suezkanal, Aufrechterhaltung der Kapitalanlagen, sowie die Abdankung des Sultans, der durch seinen Sohn ersetzt werden solle.

Als die Vertreter der ägyptischen Regierung zu den Friedensverhandlungen nach Versailles abreisen wollten, wurden sie nachts zuvor durch die Engländer in ihren Wohnungen verhaftet, auf einen Dampfer gebracht und nach Malta befördert. Das Bekanntwerden dieses brutalen Uebergriffes durch England rief in Aegypten allgemeine Empörung hervor. Auf den Straßen der hauptsächlichsten Städte Kairo, Alexandria, Tanta, Mansura und Assiut erschienen zunächst die Studenten, deren es gegen 16 000 in Aegypten gibt, um gegen die